



His Master's Noise

Vier-und-zwan-zig Jahre mussten Langnau vernunftbürger auf ihr Comeback warten, auf die Rückkehr zum Ancien Régime. Endlich ist Bärnu weg – jetzt wird losgewaltert. Und weil Ätti u Mueti wieder wie anno Tobak mit dem Subaru an die Urne gekarrt wurden, kann Fürst Walter auf grossen Rückhalt im Lande zählen. Unterdessen leckt sich manch Junger im Dorf die Wunden und twittert sein Leid in die Welt: Passé composé! Und was wird jetzt aus uns? Den Jungen und ihren linksliberalen Öko-Grufties kann ich nur zurückzwitschern: Da seid ihr aber selber schuld, wenn ihr lieber

## Das vierte Eisfeld

in der Kupferschmitte mit den Prinzen herumhoppelt, als euren Wahlzettel in die Urne zu drücken. Nur wegen euch Tagedieben werde ich Nacht für Nacht von politischen Alpträumen durchgerüttelt. Und das geht so ...

Januar: Der Grosse Gemeinderat bewilligt einen Notkredit für zwanzig Schneekanonen im Skigebiet Hochwacht. Der vierhundertste «Fastoueli»-Cup soll nicht durch die sogenannte Klimaerwärmung gefährdet werden. Februar: Der Gemeinderat beschliesst die Umnutzung der neuen Sporthalle im Oberfeld: Statt ein Hallenboden wird ein Eisfeld eingebaut. Hockey Country for ever.

März: Der Gemeinderat beschliesst ein Sparprogramm in den Ressorts Bildung, Kultur und Soziales. Weggekürzt werden potenzielle Gymnasiasten, das Kellertheater und das offene Gassenbüffet am Hauptbahnhof. April: Der macht, was er will. Und die Politik macht Urlaub.

Mai: Der Gemeinderat geht beim Sparen voran. Statt ein Reisli gibt's heuer einen gemeinnützigen Arbeitseinsatz.

Juni: Bergheuet auf den Höfen Gerber, Gerber & Gerber. Nur Sommer und Müller brauchen ein Blasen-Pflaster.

Juli: Der GGR-Abgeordnete Johannes Stämpfli, der nur dank Losentscheid nicht Johannes Kühni heisst, gibt im Lokalradio bekannt, dass er seinen Werkhof im Zeughaus-Areal an den Discounter Aldi verkauft und anschliessend in Pension geht. Sein Nachfolger im GGR: Johannes Kühni. August: Am Elite Open Air reissen Göle und Oskar Freisänger den Schlussabend. Dafür regnet es mal nicht.

September: Der Gemeinderat beschliesst die Errichtung dezentraler Oberstufenzentren an den Standorten Gmünden, Aeugstmat und Hühnerbach.

Oktober: Die Firma «Casa Umberto» kriegt den Zuschlag für verdichtetes Bauen auf dem Areal der ehemaligen Dorfschulhäuser. November: Der GGR verabschiedet einen Startkredit für die permanente Krippenausstellung der Vereinigung «Pro Bon». Und Hockey-Doktor Armin Brunner wird Ehrenpfarrer der reformierten Landeskirche. Dezember: Langnau kriegt den Wakker-Preis. Kommentar der Jury: «Da'sch no Heimat.»

Andreas Aebi

Teilrevision Sozialhilfegesetz (SHG)

# SVP-Angriff auf die Sozialhilfe

Der Grosse Rat des Kantons Bern diskutiert in diesem November über eine Motion von Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg (SVP), die eine Senkung der Sozialhilfe von bis zu 30 Prozent vorsieht. Eine Umsetzung dieser Motion hätte verheerende Folgen. Vor allem Kinder und alleinerziehende Mütter wären von dieser radikalen Senkung betroffen.

Kampagnen der SVP und der Weltwoche machten 2007 mit Einzelfällen Druck auf die Sozialleistungen und die Sozialbehörden. In der Stadt Bern geriet die damalige Sozialdirektorin Edith Olibet aus gleichem Grund unter Druck. Missbrauchsfälle kommen immer wieder vor. Sie sind zahlenmässig unbedeutend. Sie lassen sich mit einer guten Dossierführung und mit genügend Personal verhindern. Man muss dazu nicht die Axt ans System legen. Deshalb muss man den Druck auf die Sozialhilfe als Versuch sehen, Geld und Mittel für die Klientel der SVP und der anderen bürgerlichen Parteien umzuverteilen: Bauern, Militär, ländlicher Raum – aber auch Steuersenkungen für Gutverdienende und Unternehmen. Die Entsolidarisierung verläuft dabei nicht nur nach sozialen Kriterien. Sie wird mit rassistischen und ausländerfeindlichen Tönen angereichert. Damit gelingt es, die Bevölkerung zu spalten. Menschen mit kleinen Einkommen fühlen sich benachteiligt und lassen sich von den rechten Argumenten überzeugen.

### Steigende Sozialhilfekosten

Tatsache ist: Die Sozialhilfekosten steigen. Dies ist systembedingt.

Der technologische Fortschritt beseitigt viele Arbeitsplätze, die keine besonderen Qualifikationen brauchen. Die Beschäftigten in diesen Sektoren sind ausbildungsmässig nicht in der Lage, sich in Berufen mit höheren Qualifikationen neu einzurichten. Dazu fehlen nicht zuletzt ausreichende Weiterbildungsmaßnahmen. Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene gilt dies besonders – dort kommen noch fehlende Sprachkenntnis dazu.

### Alleinerziehende Mütter

In absoluten Zahlen haben 2015 rund 40 000 Personen im Kanton Bern Sozialhilfe bezogen, ein



Drittel davon waren Kinder unter 18 Jahren. Besonders betroffen sind auch alleinerziehende Mütter. Steigend ist die Zahl der 45jährigen und älter, die aus dem Arbeitsleben fallen und keine Anschlusslösung finden. Auch die Zahl der ausländischen SozialhilfeempfängerInnen ist hoch.

### Reduktion gefordert

Seit Jahren stehen wegen der steigenden Kosten die SKOS-Richtlinien unter Druck – ein Regelwerk, das in der Schweiz für ähnliche Sozialhilfestandards sorgen soll. Mit der Motion Studer (Gemeindepräsident Köniz

und SVP-Grossrat) verschärfte der Grosse Rat ab 2012 den Druck auf den Kanton. Er fordert die Reduktion der Sozialhilfe um zehn Prozent unter die SKOS-Richtlinie. Unter Philippe Perrenoud leistete der Regierungsrat hinhaltenden Widerstand. Der neue SVP-Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg hat den Ball aufgenommen und will die Motion Studer schnell umsetzen – die erste Lesung im Grossen Rat ist im November, die zweite Lesung folgt im März. Es wird sich dann die Frage stellen, ob man dagegen das Referendum ergreifen soll. Die Gewerkschaften unterstützen auf der Basis ihrer politischen Plattform 2017-2020 die Kampagne gegen die Kürzung der Sozialhilfe. Mindeststandards in der Sozialhilfe sind auch eine Art impliziter Mindestlohn.

### Entscheidung von nationaler Tragweite

Tatsache ist: Wenn die SHG-Revision (Sozialhilfegesetz) durchkommt und vom Volk bestätigt wird (was zu befürchten ist), schlägt die SVP eine breite Bresche in die Sozialhilfestandards. Dies wird über den Kanton Bern hinaus eine Rattenrennen auslösen, das zu einer allgemeinen Senkung der Sozialhilfeleistungen führt. Die SKOS ist dann nur noch Makulatur. Es ist eine Entscheidung von nationaler Tragweite – umso mehr als sich die SVP weigert auf nationaler Ebene ein Rahmengesetz zur Sozialhilfe mit allgemein gültigen Standard zu verabschieden. Der Föderalismus eignet sich hier gut zur Durchsetzung einer unsozialen Politik.

Stefan Wüthrich  
Gewerkschaft Unia

## links i.E. – Danke für Ihr Abo!

Für Ihre Überweisung eines grosszügigen Gönner- und Abonnementsbeitrages mit dem beigelegten Einzahlungsschein auf das PC 30-27704-1 danken wir von Herzen. (Wenn Sie per Bankauftrag oder E-Banking bezahlen, entstehen uns keine zusätzlichen Spesen.)